

Die Entwicklung des Gesundheitswesens vor dem Hintergrund der Schuldenbremse: Ist die Sozial- und Gesundheitspolitik noch finanzierbar?



Der Konferenzsaal der Industrie- und Handelskammer war bis auf den letzten Platz besetzt, als der Vorsitzende der Gesundheitsregion Saar e.V. Minister a. D. Werner Schreiber die Ministerpräsidentin des Saarlandes Annegret Kramp-Karrenbauer und mit ihr Repräsentanten aus dem gesamten Bereich des Sozial- und Gesundheitswe-

Länder der Föderalismus überlebensfähig. Der überwiegende Teil an Gesetzgebung in der Sozial- und Gesundheitspolitik, so betonte Schreiber, werde in Berlin beschlossen. Die Länder seien jedoch sowohl organisatorisch als auch finanziell in die Umsetzung mit eingebunden. Die Schuldenbremse treffe die einzelnen Bundesländer je nach Wirtschaftskraft unterschiedlich.

Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer bekannte sich zu einer umfassenden gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung. Ziel müsse es sein, den hohen Standard der gesundheitlichen Versorgung und des gesamten sozialen Netzes zu erhalten und dort, wo notwendig, auszubauen. Natürlich, so Kramp-Karrenbauer, müsse die Finanzierbarkeit der Maßnahmen gesichert sein. Sie befaßte sich dem Ärztemangel vor allem in ländlichen Gebieten. Es sei notwendig, das hohe Niveau der medizinischen Ausbildung an den Universitätskliniken zu erhalten. Die Gesundheitswirtschaft sei auch im Saarland ein Wirtschafts- und Ar-

beitsmarktfaktor; die Politikfelder Gesundheit- und Soziales seien vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung Zukunftsbranchen.

Die Landesregierung, so die Ministerpräsidentin weiter, lege auch großen Wert auf die Behindertenpolitik. So habe das Saarland seit Jahren die Eingliederungshilfen für Behinderte aus dem Landeshaushalt finanziert. Zum Thema Krankenhausfinanzierung verwies Kramp-Karrenbauer auf die derzeit laufenden Verhandlungen mit dem Bund. Sie hoffe, daß sich der Bund, wie schon in den achtziger Jahren, an der Finanzierung der Krankenhäuser beteilige. Die Ministerpräsidentin betonte die Notwendigkeit der Vernetzung im Gesundheits- und Sozialbereich. In diesem Zusammenhang verwies sie auf die Bedeutung des Veranstalters, der Gesundheitsregion Saar e. V., die mit ihrem Ansatz der Bündelung von Themen und der Vernetzung der unterschiedlichsten Disziplinen in der Gesundheits- und Sozialpolitik zu einem wichtigen Faktor der saarländischen Politik geworden sei.

Die Ministerpräsidentin ließ es sich nicht nehmen, im Anschluß an den offiziellen Teil der Veranstaltung, in persönlichen Gesprächen mit den Teilnehmern interessante Fragen weiter zu diskutieren. ■ ■ ■



Von links nach rechts: Winfried Nimmegern (Geschäftsführer der Gesundheitsregion Saar), MP Annegret Kramp-Karrenbauer, Werner Schreiber Minister a.D. (Vorsitzender der Gesundheitsregion Saar e.V.), Alfons Vogtel (Vorsitzender der Saarländischen Krankenhausgesellschaft, SKG)

sens in der Gesundheitspolitik begrüßte. Das Thema der Veranstaltung am 4. Februar 2015 lautete „Die Entwicklung des Gesundheitswesens vor dem Hintergrund der Schuldenbremse – ist die Sozial- und Gesundheitspolitik noch finanzierbar?“

In seinem Eingangsstatement wies Werner Schreiber daraufhin, daß die Väter des Grundgesetzes das Sozialstaatsprinzip in der Verfassung verankert haben. Das heiße konkret, so auch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, daß die Gleichheit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet sein müsse. Dieses Prinzip, so Schreiber weiter, müsse auch bei der Diskussion um den Länderfinanzausgleich berücksichtigt werden. Aus seiner Sicht ist nur durch Solidarität der

